

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

Hetz-Plakate in Rohrbach

Unbekannte ätzen gegen Migranten und Bewohner

dns. Weil in Rohrbach am Dienstagmorgen drei Plakate mit einem aggressiven, beleidigenden und rassistischen Text entdeckt wurden, ermittelt die Polizei nun wegen Volksverhetzung. In dem Pamphlet wird unterstellt, dass der achtjährige Junge, der am Montag am Frankfurter Hauptbahnhof vor einen ICE gestoßen wurde, „wegen einer grenzenlosen Willkommenskultur“ gestorben sei. Zudem gehen der oder die Verfasser vor allem die Rohrbacher Bevölkerung an. Dort lebten angeblich „Linke und Grüne“, die seit vier Jahren wegsähen, „wenn Mädchen von papierlosen Migranten vergewaltigt, geschlagen und getötet werden“. Gleichzeitig behauptet der Täter, dass „Hitler seine Freunde gehabt hätte“ im „weißen Rohrbach“.

Gefunden wurden die drei Plakate in der Rathausstraße und an der Kreuzung Heinrich-Fuchs-Straße / Im Hasenleiser. Sie waren mit Klebstoff und Klebeband an Stromkästen aufgeklebt. Bisher liegen der Polizei keine Hinweise auf den Verfasser oder Verbreiter vor. Deshalb ermittelt jetzt die Kriminalpolizei der Stadt Heidelberg und hofft auf Zeugen: Diese melden sich unter Telefon 0621 / 174-4444.

In Rohrbach tauchen seit 2018 auch immer wieder Aufkleber der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ auf.

Erst der Regen, jetzt der Stau



Durch das Unwetter am Samstagabend wurde ein Teil der Römerstraße beschädigt – und zwar in der Senke, über die die Radwegbrücke verläuft. Dort hatten die enormen Mengen an Regenwasser Teile der Fahrbahn nach oben gedrückt. Deswegen sind die beiden Fahrstreifen in Richtung Rohrbach zwischen Lessing- und Feuerbachstraße gesperrt – und so bildeten sich auf der Umleitung, vor allem in Richtung Franz-Knauff-Straße, lange Staus (rechtes Bild).



Mittlerweile ist die Instandsetzung der beschädigten Römerstraße in vollem Gange. Voraussichtlich am morgigen Freitag kann wieder ein Fahrstreifen stadtauswärts für den Verkehr freigegeben werden. Die gesamten Arbeiten sollen noch zwei Wochen länger dauern. Von der Umleitung über Rohrbacher Straße und Rheinstraße betroffen sind auch der Schienenersatzverkehr auf der Linie 24 sowie die Regionalbuslinie 757 nach Schatthausen. hōFotos: Rothe

Sperrzeiten: „Über 2 und 3 Uhr müssen wir nicht mehr reden“

Verhandlung am Verwaltungsgericht – 27 Kläger-Verfahren ruhen – Heute geht das Urteil raus

Von Anica Edinger

31 Altstädter hatten geklagt – nach der Verhandlung gestern am Verwaltungsgericht Karlsruhe sind noch vier von ihnen übrig. Denn wie die Vorsitzende Richterin Christine Warnemünde erklärte, kann laut Auffassung der siebten Kammer des Verwaltungsgerichts nur bei ihnen bewiesen werden, dass der nächtliche Lärm in der Kernaltstadt ihre Gesundheit gefährdet.

Die Verfahren der restlichen 27 Kläger ruhen nun – wenigstens so lange, bis auch für sie der Beweis erbracht wurde, dass der Lärm in der Altstadt ihre Gesundheit maßgeblich beeinträchtigt. Für die übrigen vier Kläger – wohnhaft in der Kettengasse sowie an der Ecke Untere Straße/Dreikönigsstraße – will die Kammer schon heute ein Urteil versenden – mit konkreten Schließzeiten für die Kneipen. Diese werden aber auch nur eine „Maßgabe“ sein, wie Richterin Warnemünde erklärte. Denn: „Welche Uhrzeit es wird, wird im Ermessen des Gemeinderats bleiben müssen.“ Das heißt: Es wird letztlich wieder das Stadtparlament über eine Veränderung der Sperrzeitverordnung entscheiden. Allerdings will das Gericht jetzt selbst konkrete Uhrzeiten nennen, an die sich auch die Stadträte halten sollten.

Das stand gestern nach einer langen und emotionalen Verhandlung zum Thema Kneipenöffnungszeiten in der Altstadt, die im Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim stattfand, fest. Wie die Richterin zu dieser Einschätzung kam und was gestern sonst noch passierte: Ein Überblick.

> **Die Geschichte:** 31 Altstädter hatten eine sogenannte Normerlassklage gegen die Stadt erwirkt – soll heißen: Sie wollten, dass das Gericht Sperrzeiten für die Kernaltstadt festlegt. Dieser Schritt war die letzte Eskalation eines jahrzehntelangen Streits, der im Sommer vergangenen Jahres seinen Höhepunkt fand. Obwohl damals der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim die Heidelberger Sperrzeitverordnung für rechtswidrig, weil zu liberal und demnach gesundheitsgefährdend für die lärmgeplagten Altstädter, erklärt hatte, hatte der Gemeinderat im Juli letzten Jahres erneut recht lasche Sperrzeiten beschlossen. Demnach schließen die Kneipen aktuell in den Nächten auf Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag um 1 Uhr, in der Nacht auf Freitag um 3 Uhr und am Wochenende um 4 Uhr. Deshalb hatten letztlich die 31 Altstädter die Normerlassklage beim Verwaltungsgericht erhoben. Konkret schwebt der Klägeregemeinschaft vor, dass die Lokale werktags bereits um Mitternacht und am Wochenende um 1 Uhr schließen müssen.

> **Die Normerlassklage:** Weshalb die Altstädter die Normerlassklage für unbedingt nötig hielten, erklärte ihr Rechtsanwalt Werner Finger von der Karlsruher Kanzlei Deubner & Kirchberg so: „Der Gemeinderat hat in der Vergangenheit überhaupt keine Einsicht gezeigt.“ Das sah offenbar auch das Gericht so – weshalb es nach einer ersten Einschätzung auch den Antrag der Stadt, vertreten durch den Rechtsanwalt Jürgen Behrendt von der Kanzlei Schlatter, auf Klageabweisung ablehnte.

> **Die Krux:** Es besteht nur dann Anspruch auf einen gerichtlichen Normenerlass, wenn „alle denkbaren Alternativen“, so die Richterin, zur Problemlösung ausgeschöpft worden seien. „Ermessensreduktion auf Null“ heißt das im Fachjargon. Diese Ermessensreduktion sei für das Gericht im Fall der Heidelberger Sperrzeitverordnung dann gegeben, wenn eine Gesundheitsgefahr für die Kläger bestehe. Gesundheitsgefahr bestehe dann, wenn die Richtwerte der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm) um 20 Dezibel überschritten würden. Laut der Auffassung des Gerichts ist das bei den vier Klägern, die nun noch übrig sind, der Fall. Bei ihnen lag der Wert unter der Woche wie auch am Wochenende stets deutlich über 65 Dezibel – laut TA Lärm sollte die nächtliche Geräuschkulisse nach 22 Uhr 45 Dezibel nicht überschreiten. Als Grundlage für die Argumentation des Gerichts galt das Lärmgutachten des Büros Genest und Partner (s. Hintergrund).

In Hinblick auf ihr bevorstehendes Urteil heute meinte Richterin Warnemünde: „Wo wir uns in der Lage sehen, eine Ermessensreduktion auf Null festzustellen, werden wir auch Zeiten nennen.“ Dass das nötig ist, hatte Rechtsanwalt Finger noch einmal deutlich gemacht: „Der Gemeinderat ist nicht steuerbar. Es bedarf eines Urteils.“ Selbst der Anwalt der Stadt, Behrendt, sah das so: „Wie brauchen klare Hinweise, welche Zeiten angemessen wären.“ Nur dann bestehe die Hoffnung, dass der Gemeinderat eine entsprechende Entscheidung treffe. Richterin Warnemünde sagte gestern dazu nur so viel: „Über 2 und 3 Uhr müssen wir nicht mehr reden.“

HINTERGRUND

> **Das Lärmgutachten** des Büros Genest und Partner hat im Auftrag der Stadtverwaltung den Schallpegel von Mai bis Juli 2016 an fünf zentralen Punkten in der Altstadt gemessen: in der Unteren Straße auf Höhe des Fischmarkts, an der Ecke Hauptstraße / Florigasse, in der Kettengasse (wo etwa die „Tangente“ liegt), in der Dreikönigsstraße und in der Hauptstraße auf Höhe des Kurpfälzischen Museums. Höchstwerte wurden vor allem in der Unteren Straße und im zentralen Teil der Hauptstraße festgestellt – vergleichbar sind diese mit vorbeifahrenden Lkw oder Motorsägen. Die Vorsitzende Richterin Christine Warnemünde meinte bei der Verhandlung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe gestern, die Werte entsprächen der Lärmkulisse eines Gewerbe- und Industriegebiets – und nicht denen eines Wohn- und Mischgebiets, wie es in der Kernaltstadt vorzufinden sei. ani

> **Die Stimmung:** Über zehn der Kläger aus der Altstadt waren gestern beim Gerichtstermin nicht dabei – doch die restlichen Parteien reichten aus, um ordentlich Stimmung zu machen. Höhnisches Gelächter etwa, als Ordnungsbürgermeister Wolfgang Erichson Rechtsanwalt Finger widersprach, der behauptete, seine Kläger hätten „jeden einzelnen Tag“ mit Lärm zu kämpfen. Im Winter sei es etwa durchaus leiser als im Sommer, meinte Erichson. Beifall dagegen für Rechtsanwalt Finger, als dieser erklärte, weshalb die Kläger ausgerechnet 0 und 1 Uhr als Schließzeiten vorschlugen: Dann könne man schließlich immerhin sechs Stunden Schlaf bekommen – was laut Studien eine gesunde Zahl und außerdem realistisch sei, wenn man annehme, dass Arbeitende und Familien mit Kindern um 6 Uhr aufstehen müssten. Streng genommen hätte man aber auf 22 Uhr klagen müssen.

Schlaff

Toan Vu-Huu aus Frankreich nennt seinen Beitrag zum Polit-Plakat-Festival „Mut zur Wut“ provokant „Schlaffes Schweigen“. Der Grafiker erklärt dazu: „Schlaffes Schweigen“ kritisiert das Schweigen des Vatikans in Anbetracht der unzähligen Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche.“

Geld ist nicht das Problem

2,25 Millionen Spendenzusagen gibt es für den Providenzgarten

hō. Die Finanzierung eines künftigen Providenzgartens steht auf sicheren Beinen. Nicht nur, dass der Gemeinderat bei seinen Etablierungen im Dezember erstmals Geld für die Anpachtung der Fläche in den Haushalt eingestellt hatte. Noch entscheidender ist, dass der Vorsitzende des Providenzgarten-Freundeskreises, Klaus Hekking, 2,25 Millionen Euro an Spenden eingesammelt hat. Zwei Millionen sollen davon an die Stadt gegeben werden, um für zwei Jahrzehnte den Erbbauzins bezahlen zu können. Bisher ging man von einer Summe von 90 000 Euro pro Jahr (auf die Dauer von 99 Jahren) aus. Es sind nun wohl etwas weniger, wie Hekking berichtet – weil sich der Wert des Grundstücks, der sich nach der bebaubaren Fläche berechnet, etwas vermindert hat. Daher bliebe vielleicht auch etwas mehr Geld für die Neugestaltung des Areals. Bisher, so die Planung, hätten 225 000 Euro dafür bereitgestanden.

Langfristig wird wohl die Stadt die Pflege des Gartens übernehmen, das tagsüber geöffnet sein soll. In der Nacht soll die Anlage aber – mit Rücksicht auf die Anwohner – abgeschlossen werden. Zum Schlüsseldienst hat sich das benachbarte Café Schafheutle bereit erklärt.

Providenzgarten: Verhandlungen in der entscheidenden Phase

Stadt und Kirche berichten von konstruktiven Gesprächen – Neugestaltung des Parks zieht sich noch, denn erst wird das Gemeindehaus gebaut

Von Micha Hörnle

Es ist ja an sich ein gutes Zeichen für den geplanten Providenzgarten: Sowohl von der Stadtverwaltung als auch von der Evangelischen Kirche heißt es unisono: „Die Stadt Heidelberg und der Stadtkirchenbezirk Heidelberg befinden sich in konstruktiven Verhandlungen und haben in den vergangenen Monaten mehrere grundlegende Fragen abgearbeitet. Wir bitten aber um Verständnis, dass wir keine Wasserstandsmeldungen abgeben, sondern erst mit einem konkreten Ergebnis an die Öffentlichkeit gehen wollen.“

Die Einigkeit geht so weit, dass Stadt- und Kirchenvertreter exakt dieselben Worte verwenden. Das legt den Schluss nahe, dass ernsthaft verhandelt wird – und gerade scheinen beide Parteien in einer entscheidenden Phase zu sein. Nach allem, was man hört, könnte es nach der Sommerpause, möglicherweise schon im September, konkrete Ergebnisse geben.

Das bestätigt auch Klaus Hekking, der im letzten Herbst eine Art Bürgerinitiative (oder vielmehr einen Freundeskreis) zum Erhalt der Grünfläche in der Altstadt gegründet hat: „Mein Eindruck ist, dass Stadt und Kirche gut vorankommen, ich bin äußerst zufrieden.“ Wahrscheinlich muss die Stadt über das Areal zwischen der Provi-



Im letzten Jahr stand der Providenzgarten in der Altstadt noch auf der Kippe, nun scheint er gerettet. Foto: Rothe

denzkirche und dem Café Schafheutle einen Erbbauvertrag abschließen, denn die Kirche verkauft keine Grundstücke mehr. Im Moment geht es wohl um den Wert des Grundstücks, der sich daran bemisst, wie stark es bebaut werden könnte. Doch nun weiß man: Es bleibt unbebaut, die Hochschule für Kirchenmusik, die sich hier ansiedeln sollte, wird wohl eher in der Weststadt bleiben (RNZ vom 17. Juli). Ein Neu-

bau im Providenzgarten sei „nicht unser Wunsch“, sagte damals Hochschullehrer Martin Mautner der RNZ. „Das war die Idee der Landeskirche. Wir haben kein vitales Interesse daran, ein anderes Gebäude zu beziehen.“

Für die Altstadtgemeinde ist die Zukunft des baufälligen Gemeindehauses in der Karl-Ludwig-Straße wichtiger. Deswegen sollen auch, so Hekking, Gemeindehaus und Garten als Einheit betrachtet und auch gemeinsam geplant werden. Und da also nur auf den bisherigen Flächen gebaut wird, dürfte auch die Pacht für das Gesamtareal geringer als ursprünglich gedacht ausfallen.

Wahrscheinlich wird das neue Gemeindehaus höher als das heutige, also dreigeschossig, und passt sich so den Gebäuden in der Nachbarschaft an; bisher größtes Problem sind ausgerechnet die Eiben in der

Karl-Ludwig-Straße, die im Moment noch dem geplanten Gebäude im Weg stehen. Prinzipiell ist daran gedacht, dass man direkt vom Gemeindehaus in den Garten gelangen kann.

Weil es keinen Sinn macht, vor dem Bau des neuen Gemeindehauses den Garten neu anzulegen, wird es noch eine Weile dauern, bis auch die Öffentlichkeit etwas von ihm hat. Hekking hofft, dass man mit dem Gemeindehaus „relativ schnell, vielleicht nächsten Jahr, anfangen“ kann. Und bei einer Bauzeit von zwei Jahren fiele dann der Startschuss für den „Providenzpark“ nicht vor 2022. Aber so lange will der ehemalige Vorstandsvorsitzende des Heidelberger Gesundheits- und Bildungskonzerns SRH nicht warten: „Vielleicht fangen wir schon mal gegenüber, in der Friedrichstraße, an. Mit einem Pflegeschnitt gibt es eine erste Anmutung, wie das alles einmal aussehen kann.“

Tatsächlich gibt es für den Garten schon erste Ideen: Die Mauer in der Landfriedstraße bleibt erhalten, sie steht unter Denkmalschutz. Und wie früher könnte es auch wieder einen Brunnen geben. Aber Genaueres will Hekking am liebsten in einem Wettbewerb klären: „Das sollte nicht handgestrickt sein. Der Providenzgarten ist eine städtebaulich sensible Ecke, die eine Anziehungskraft haben muss.“